



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

Strategie- und Forderungspapier

der Vereinigung Liberaler Ärzte e.V.

für die Koalitionsverhandlungen 2009

Stand 30.09.2009



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

Präambel

Mit den zahlreichen Gesundheitsreformen der letzten beiden Legislaturperioden wurde gewinnorientierten Gesundheitskonzernen die legale Entmachtung des freien mittelständischen Arztberufes ermöglicht. Die medizinische Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland ist auf ein höchstes Maß gefährdet. Der Zugang zu präventiven, diagnostischen, kurativen und palliativen Leistungen wird durch stetig weiteren Entzug der Freiheitsgrade erschwert. Die Umverteilung der Krankenkassenbeiträge durch den Gesundheitsfonds schafft zusätzliche Probleme.

Die Basis der ambulanten ärztlichen Versorgung, der Kollektivvertrag ist mit Einführung der Selektivverträge zerbrochen. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Kassenärztlichen Vereinigungen haben nicht mehr den ungeteilten Sicherstellungsauftrag. Durch Abwanderung ins Ausland, Feminisierung des Arztberufes und durch verminderte Studienplatznachfrage erwartet die Bundesrepublik Deutschland einen erheblichen Ärztemangel in den kommenden fünf bis zehn Jahren.

Für die Bevölkerung entsteht eine über alle Maßen bedenkliche Situation.

Die Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. bezieht zu folgenden Themen Stellung und liefert Sachargumente für Verhandlungen über den Koalitionsvertrag 2009 auf Bundesebene.

1. Gesundheitsfonds
2. Elektronische Gesundheitskarte
3. Finanzierung des Gesundheitswesens
4. Direktabrechnung
5. Sicherstellungsauftrag
6. Gesundheitskonzerne

Vorgelegt von

Dr. Uwe Blättner, Puccinistr. 33, 86199 Augsburg

Dr. Karl Ebertseder, Gladiolenstr. 12, 86316 Friedberg

Dr. Dieter Grünwald, Talweg 3a, 86978 Hohenfurch

Dr. Stefan Hartmann, Eichholzweg 8, 82205 Gilching

Dr. Erwin Lotter, Freisinger Str. 50, 86551 Aichach

Dr. Christoph Luckas, Hilgen 2, 83123 Amerang

Dr. Martin Prantl, Windherrnweg 6, 83471 Schönau

Dr. Jirina Tichov, Breitenbergstr. 8b, 86163 Augsburg



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

1. Gesundheitsfonds

Wir fordern die uneingeschränkte Abschaffung des Gesundheitsfonds mit Wiedereinführung einer Regionalisierung des Gesundheitswesens und Rückgabe der Beitragsautonomie an die Krankenkassen.

Sachargumente:

- Es besteht **Zentralismus** durch Beitragsdiktat über das Gesundheitsministerium
- Es entsteht ein zusätzlicher **Bürokratismus**
- **Beitragssenkungen** werden **nicht erzielt**, statt dessen immense zusätzliche Verwaltungskosten
- Der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (morbiRSA) zentralisiert und **verschiebt Gelder parteilich**
- **Manipulationsanfälligkeit** des morbiRSA
- Durch den morbiRSA erlischt der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen mit der Folge **oligopolistischer Strukturen der Krankenversicherer**
- **Verschlechterung in der Krankenversorgung** durch Preis- und Qualitätsdumping
- Bei fehlender Liquiditätsreserve tritt der **Bund in die Bürgerpflicht**
 - € 3,2 Mrd. 2009 und € 6,3 Mrd. 2010 Steuerzuschüsse und evtl. mehr
 - Staatliches, zinsloses Liquiditätsdarlehen an den Gesundheitsfonds (§271 SGB V)
- Unklarheit wie o.g. Darlehen zurückbezahlt wird. Kassen würden weniger Zuweisung erhalten mit der Folge weiterer Leistungseinbußen.



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

2. Elektronische Gesundheitskarte

Wir fordern die Unantastbarkeit des Patientengeheimnisses und Stopp der elektronischen Gesundheitskarte und der DMP-Programme in ihrer bisherigen Form. Die Patienteninteressen gegenüber der Krankenkassen müssen gestärkt werden.

Sachargumente:

- Die Einführung der e-card belastet die Volkswirtschaft mit € 11 bis € 14,2 Milliarden, damit ist eine **Wirtschaftlichkeit nicht gegeben**
- Ein **gesundheitlicher Nutzen** konnte in **keinem Testlauf bewiesen** werden
- Ein **Qualitätsvorteil** wurde **nicht erwiesen**
- Die **Identitätsprüfung** ist **nicht gewährleistet**
- Die medizinische Fachkompetenz -der **deutsche Ärztetag**- hat in drei aufeinanderfolgenden Jahren stets **gegen die Einführung** der e-card gestimmt.
- **Unzureichender Schutz vor Datenmissbrauch** (durch Versicherer, Arbeitgeber, Banken u.a.)
- Eine **Leistungserbringungstransparenz** ist bereits **mit dem jetzigen Abrechnungsverfahren gegeben**.
- Die ärztliche **Schweigepflicht wird aufgehoben**
- **Bevormundung** der informationellen Selbstbestimmung **des Patienten**
- Als Alternative zur Zentral-Server-Lösung bietet sich ein USB-Stick-basiertes Konzept für die elektronische Patientenakte an.



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

3. Finanzierung des Gesundheitswesens

Wir fordern eine Stärkung der Patienteninteressen gegenüber den Krankenkassen, eine uneingeschränkte Offenlegung der Verwendung der Gelder der gesetzlich Versicherten, das Grundrecht des Patienten auf freie Arztwahl, freie Wahl seines Therapeuten und freie Wahl seiner Apotheke. Erhalt der Therapiefreiheit.

Wir fordern den Aufbau eines Kapitalstocks in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Sachargumente/Vorschläge:

- Der Aufbau einer **Kapitaldeckung in jeglicher Krankenversicherung** ist essentiell, da nur so eine **Generationengerechtigkeit** in der Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels gewährleistet ist
- **Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze**
- Hochwertiger **Grundschutz (=Fundamentalversicherung)** mit sozial abgedeckten Eigenbeteiligungen für jeden Bürger und frei **wählbare Optionspakete** je nach Lebensstilfrage (=Zusatzversicherungen entsprechend des Kaskosystems in der Kfz-Versicherung) mit der Folge des **Wegfalls der Zweiklassenmedizin**
- Definition eines **erstattungsfähigen Grundleistungskatalogs** unter Beratung einzelner ärztlicher Berufsverbände
- **Steuerfinanzierte Krankenversicherung der Kinder**
- Sozialhilfefinanzierte Krankenversicherung bei sozial Hilfsbedürftigen



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

- **Keine Hybrid-Versicherungen**

falls die Forderung der FDP nach einer Privatisierung der gesetzlichen Krankenkassen nicht durchsetzbar sein sollte, ist konsequenter Weise auf einer klaren Trennung zwischen dem GKV-Bereich und dem PKV-Bereich zu bestehen (im Gegensatz zu der bisherigen Tendenz, diese Trennung zu verwischen). Es darf keine Hybrid-Kassen geben (z.B. Allianz-KKH) oder gesetzl. Kassen, die ein gewinnorientiertes Geschäftskonzept wie die PKVen verfolgen, aber die gesetzlichen Regelungen ausnutzen, die das SGB-V den GKVen (als Trägern eines dem Gemeinwohl verpflichteten öffentlichen Auftrags) den Leistungserbringern gegenüber einräumt. Als Kompromiss wäre eine Teilprivatisierung des GKV-Bereichs zunächst nur für die Ersatzkassen denkbar (wo der bereits seit Jahren bestehende verdeckte Privatisierungsprozess am weitesten fortgeschritten ist). In der Konsequenz also ein Einschmelzen des GKV-Bereichs zu Gunsten des PKV-Bereichs

- Kostensenkung durch **Absenkung der Mehrwertsteuer auf 7%** auf Arznei-, Heil- und Hilfsmittel
- **Abschaffung der Pauschalierung** und Rückkehr zur **Einzelleistungsvergütung.**
- **Abschaffung des Systems der Regelleistungsvolumina und Freien Leistungen**



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

4. Direktabrechnung

Wir fordern einen direkten Behandlungsvertrag mit dem Patienten einschließlich Direktabrechnung nach einer allseits transparenten und leistungsgerechten Gebührenordnung für Ärzte. Dies entspricht einer allgemeinen Gleichbehandlung mit dem Vergütungsrecht anderer Freiberufler.

Sachargumente:

- Eingehen eines **direkten Behandlungsvertrages** zwischen Patient und Arzt mit Aushändigung der Honorarnote an den Patienten. Dieser reicht die Rechnung beim Versicherer ein und bekommt entsprechend seines Versicherungsstatus die Kosten ganz oder teilweise erstattet. Alternativ kann über eine unabhängige Abrechnungsgesellschaft abgerechnet werden
- Der Patient wird in die **Eigenverantwortung** genommen durch Erhalt einer Rechnung, die er direkt dem Leistungserbringer erstattet
- **Mengensteuerung:** Eine ungerechtfertigte Leistungsausweitung kann wirkungsvoll durch ein transparentes System der Direktabrechnung mit dem Patienten in Verbindung mit einem Grundleistungskatalog mit Zusatzleistungen und Selbstbehalt begegnet werden
- ermöglicht **Kostentransparenz**, wobei die Behandlungskosten dem Patienten offen gelegt werden müssen
- Die **Qualität der medizinischen Versorgung** wird durch allgemeine Direktabrechnung erheblich **verbessert**
- Gleichgewicht geschaffen zwischen der Zahlungsverantwortung des Patienten und der Haftungsverantwortung des Arztes
- Durch Wegfall der Kassenärztlichen Vereinigung erfolgt eine unmittelbare Erstattung und somit **Kosteneinsparung**
- Abrechnung nach **Einzelleistungsvergütung**, dies spiegelt die real erbrachten Leistungen besser wieder als Pauschalvergütungen
- Notwendig wird eine Novellierung einer **leistungsgerechten Gebührenordnung**



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

5. Sicherstellungsauftrag

Wir fordern die Abschaffung der bestehenden Budgetierungen und Mengensteuerung auf Kosten der Patienten und Ärzte sowie eine Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen in der bisherigen Form als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Wir fordern die neue Regierung auf, die Sicherstellung der stationären und ambulanten Versorgung auf die Landesgesundheitsministerien oder auf die Landesärztekammern zu übertragen.

Sachargumente:

- Mit **Entzug des Körperschaftsstatus** des öffentlichen Rechtes entfällt der Sicherstellungsauftrag, da den Kassenärztlichen Vereinigungen ohnehin eine Sicherstellung der ambulanten Versorgung derzeit nur noch mit strenger Budgetierung, Reglementierung sowie mit Honorar- und Qualitätseinbrüchen gelingt
- Mit den Selektivverträgen nach §§ 73b und c ist die **Sicherstellung zum Teil an die Krankenkassen übergegangen** mit der Gefahr eines **Kassenoligopols**
- Zerbröckelt der Sicherstellungsauftrag weiter, entsteht für die Ärzte ein **Streikrecht**
- Die aktuelle Entwicklung bewirkt eine Einschränkung der freien Arztwahl und der Therapiefreiheit sowie eine **dramatisch Gefährdung der Freiberuflichkeit**



Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ)

Rindermarkt 6

80331 München

Tel.: 089 – 12 60 09 14

Fax: 089 – 12 60 09 30

E-Mail: kontakt@liberale-aerzte.de

Homepage: www.liberale-aerzte.de

6. Gesundheitskonzerne

Wir fordern den Stopp des Ausverkaufs des Gesundheitswesens an Kapitalgesellschaften. Der zentralistische Einfluss des Bundesgesundheitsministeriums muss begrenzt werden. Medizinische Versorgungszentren und neue Versorgungsformen dürfen ausschließlich in der Hand von Ärzten und Heilberuflern errichtet werden.

Stopp von Apotheken-Ketten und online-Apotheken in der Hand von Konzernen.

Stärkung der bewährten mittelständischen Struktur des ambulanten Gesundheitswesens.

Sachargumente:

- Der **Erhalt der mittelständischen Selbständigkeit und Freiberuflichkeit** der Ärzte, Psychotherapeuten und Apotheker ist ein Garant für die Leistungsfähigkeit eines humanen Gesundheitssystems
- Staatsmedizin oder Konzernmedizin **mindert** die persönliche **Leistungsbereitschaft** der Leistungserbringer, die in ihrer **Therapiefreiheit** eingeschränkt werden
- Entstehung einer **Enthumanisierung und Anonymisierung**
- Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in der Hand von kapitalorientierten Konzernen dienen nur der Wertschöpfung am Patienten. MVZs müssen in der Hand von Ärzten bleiben in Trägerschaften von **Genossenschaften oder Personengesellschaften**
- Aufrechterhaltung des **Fremdbesitzverbots für Apotheken**